

## Fenster zur Welt?

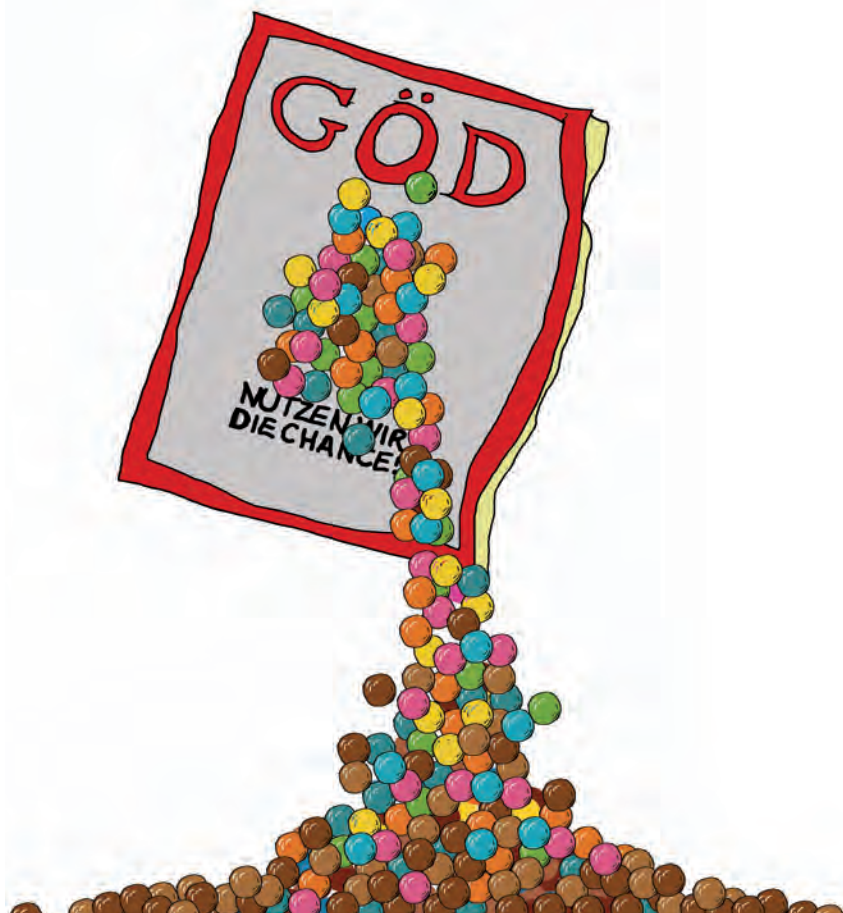
Monika Wölflingseder  
über die perfekte Schule

## Gesamt ... was?

Andreas Chvatal über  
Bildung mit Platzanweisung

## Urabstimmung

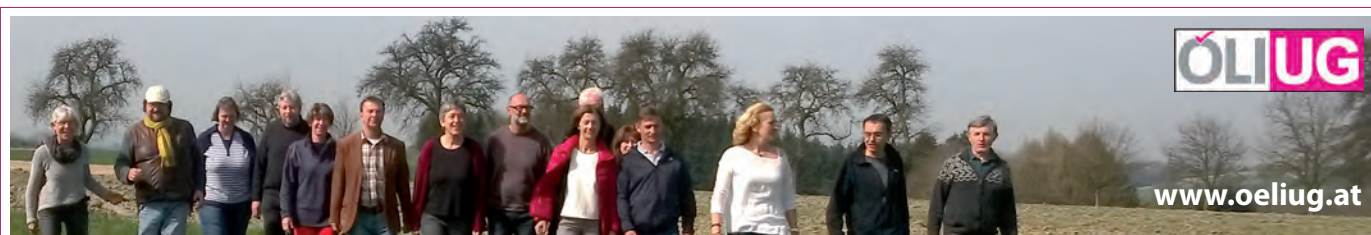
Wilfried Mayr wünscht sich was von  
der GÖD



Die Bunte-Smarties-Welt der GÖD.  
Wohin driftet die Gewerkschaftsspitze?

Karikatur: G. Vitb

LehrerInnen: hoch belastet und (noch) hoch motiviert | Inklusion in Südtirol | Objektive und gerechte Beurteilung? | Faßmanns Bußgeld gegen Schwänzen | Chancen für ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst? | Kollektive Erregung statt Politik | MOST - NOST - ? | Recht praktisch | Kunstseite: Gregor Neuerer



## Kommentar

### Editorial

Gerhard Pušnik



#### Wozu machen wir den Kreidekreis?

Als Zeitung von LehrerInnen für LehrerInnen gemacht, ist der KREIDEKREIS eine offene Plattform für pädagogische Themen und gegen den rechten Zeitgeist. Unsere Auseinandersetzungen und Analysen über Pädagogik und auch unsere Reaktionen auf die agierende Bildungspolitik müssen weiter gefasst werden. Kein anderer gesellschaftlicher Bereich ist von den Auswirkungen von Sozial- und Gesellschaftspolitik derart und direkt betroffen wie der Bildungsbe- reich. Das was jene, die an den Hebeln der Macht sitzen vermurksen, wirkt sich unmittelbar in der Schule aus.

ÖVP/FPÖ sind nicht nur dabei, die wichtigsten staatlichen Bereiche radikal umzufärben, sondern besetzen sie darüber hinaus noch mit fast ausschließlich extremen Rechten. Österreich wird gerade zum *Asozialstaat* umgebaut. Die Herausforderungen, vor die uns diese *gedanken- und gewissenlose* Regierungstruppe stellt, werden auch eine kritische, parteiunabhängige und erfahrene Gegenbewegung wie die ÖLI auf die Probe stellen. Um dem effektiv etwas entgegenzusetzen, dürfen und können wir nicht allein bleiben. Auf parteiliche Vorfeldvereine ist kein Ver- lass. ÖAAB, FCG und ÖPU sind auf rechter Schiene, von roten Socken weit und breit nichts zu bemerken.

Wir rechnen mit jenen Kolleginnen und Kollegen, die nicht schweigen, wenn aus geschwärzten Nazi-Liederbüchern gesungen wird, wenn mit dem Leben Bedrohte und Verfolgte abgeschoben werden, wenn bürgerliche Freiheiten und Rechte abgeschafft werden sollen, wenn das auf facebook gepflegte Volksemp- finden statt richterliches Abwägen über das Strafausmaß entscheiden soll, wenn soziale Absicherung gefährdet wird. Wieder einmal zeigt sich: Bildung ist nichts wert, wenn Unbildung an der Macht ist!

#### NOST-Ausstieg – billige populistische Schaumschlägerei? von Peter Steiner

Bei genauer Betrachtung erweist sich der Gesetzesentwurf als Hürde zum Ausstieg aus der NOST. Wer sich immer über die Möglichkeit zum Ausstieg aus der NOST gefreut und geglaubt hat, das ginge so einfach, der oder die wird vom Gesetzesentwurf der schwarz/türkis-blauen Regierung enttäuscht werden. Tatsächlich erscheint das Ganze nämlich nicht ernst gemeint sondern nur billige populistische Schaumschlägerei.

**Populismus 1: ein Ausstieg, der keiner ist** – Der sogenannte Ausstieg aus der NOST ist nur dann relativ friktionsfrei und leicht zu bewerkstelligen, wenn die Schule noch nicht mit der NOST angefangen hat. Werden aber seit Schuljahr 2017/18 oder davor NOST-Klassen geführt, wird's schwierig. Zum einen müssen die angefangenen NOST-Klassen bis zum regulären Abschluss unter NOST-Bedingungen weitergeführt werden. Darunter fällt konsequenter Weise auch, dass Schulstufen-Wiederholungen auch nach NOST-System zu laufen haben und das nach dem „Ausstieg“ in Klassen, die nun nach Vor-NOST-SchUG-Bestimmungen laufen.

**Beispiel** – Eine NOST-Schule schafft es tatsächlich mit 2018/2019 auszusteigen. Die Klassenzüge laufen nach dem SchUG von vor der NOST. Parallel dazu laufen die begonnenen NOST-Klassenzüge. Wiederholungs-Schülerinnen/Schüler ab 2019/2020 werden in die Nicht-NOST-Klassen eingereiht, müssen hier aber nach NOST-System unterrichtet werden. Das Gleiche geschieht 2020/2021 noch einmal. Und im Schuljahr darauf ist die NOST laut System sowieso verpflichtend für alle. Da sind bei fünfjährigen Formen noch zwei Klassenzüge nach Alt-SchUG mit NOST-Einspreng- seln bis zum Abschluss unterwegs.

**Populismus 2: Statt Erleichterung Mehrarbeit für Lehrerinnen und Lehrer** – Eine Lehrerin, ein Lehrer muss im Falle einer Schulstufenwiederholung also zwei verschiedene Vorbereitungen machen: nach SchUG alt-Methode und nach NOST-Bestimmungen, obwohl das vielleicht nur zwei Schülerinnen/Schüler in der Klasse betrifft. So leiwand, so ohne Vergütung des zusätzlichen Aufwandes und so sinnlos muss einem dann der „NOST-Ausstieg“ erscheinen. Wir nennen das billige populi- stische Schaumschlägerei, die jene trifft, die glauben, endlich die richtige Entschei- dung getroffen zu haben.

P.S.: Bevor es so weit kommt, gibt es im Gesetz noch eine Hürde. Der NOST-Ausstieg kann nur mit ZUSTIMMUNG des SGA (bei fast allen anderen Belangen des Schullebens ist nur eine ANHÖRUNG des SGA nötig) und der Schulleitung bewerkstelligt werden.

Wir trauern um eine lebensfrohe, starke Frau, um eine solidarische Kämpferin für sozialen und pädagogischen Fortschritt.

#### **Heide Lex-Nalis ist am 24. Februar 2018 gestorben.**

Wir haben mit Heide Lex-Nalis in Zusammenhang mit der PädagogInnenbil- dungNeu (akademische Ausbildung für alle ElementarpädagogInnen), mit der Aufwertung der elementarpädagogischen Einrichtungen und für das Bildungs- volksbegehren zusammengearbeitet.

Wir werden weiter für unser gemeinsames Anliegen, das bundeseinheitliche Rahmengesetz, für die Bildungseinrichtungen der Elementarpädagogik, die Verbesserung von Ausbildung, Arbeitsbedingungen und Einkommen der in diesem Bereich beschäftigten KollegInnen arbeiten. Auch in budget-, sozial- und bildungspolitisch schwierigen Zeiten.

Wir nehmen Abschied. Traurig und dankbar.

*Reinhart Sellner* für die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst und die Österreichische LehrerInnen Initiative

## Lehrkräfte sind hochbelastet und (noch) hochmotiviert - Ergebnis der aktuellen Studie über die Arbeitszeit der Lehrer/innen in Deutschland

Manfred Sparr



Wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) berichtet, belegt die aktuell in Hannover vorgestellte Studie der Georg-August-Universität über die Arbeitszeit der Lehrer/innen, dass die Lehrkräfte in Deutschland im Durchschnitt länger als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst arbeiten.

### Vorweg - Ergebnisse der Studie auch auf Österreich anwendbar

Es handelt sich zwar um eine deutsche Studie und deshalb um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in Deutschland, aber ihre Ergebnisse spiegeln auch die Verhältnisse in Österreich wider. Vergleichbare Ergebnisse brachte eine vor fast 20 Jahren von der damaligen Unterrichtsministerin Gehrler und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) in Auftrag gegebene Studie über die Lehrerarbeitszeit in Österreich. Auch diese Studie bewies, dass Lehrer/innen im Durchschnitt mehr Stunden pro Jahr arbeiten als Angestellte. Ministerin Gehrler, wohl nicht verdächtig Lehrer/innenfreundlich zu sein und wenig erfreut über die Ergebnisse, ließ die Studie kurzerhand in der Schublade verschwinden.

**Viele Lehrkräfte sind hochmotiviert, aber auch stark belastet. Über 48 Stunden im Durchschnitt in der Woche**  
Die Metastudie „Studien zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland“ des Göttinger Sozialwissenschaftlers Dr. Frank Mußmann und Dr. Thomas Hardwig ist eine Vergleichsanalyse von 20 Studien aus sechs Jahrzehnten zur Lehrkräftearbeitszeit. „Das Bild ist nun sehr umfassend und eindeutig“, sagte Mußmann. „Lehrkräfte sind aufgrund zu hoher Arbeitszeitvorgaben gegenüber vergleichbaren Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Mittel schlechter gestellt.“

Es fehlten „Erholungsmöglichkeiten in den Schulpausen, die Sieben-Tage-Woche ist in der Schulzeit quasi obligatorisch und die Entgrenzung der Arbeitszeit ist fast die Regel.“

48 Stunden und 18 Minuten pro Woche arbeiten laut Studie die deutschen Lehrer/innen im Schnitt an Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. Berücksichtigt man die längeren Ferien des Lehrpersonals, arbeiten sie 1 Stunde und 40 Minuten über der Vergleichsbasis. Nicht berücksichtigt ist in dieser Rechnung, dass Lehrer/innen in den Ferien zumeist erhebliche Arbeit mit nach Hause nehmen.

### Arbeitszeit endlich senken!

Lehrer/innen bekämen ständig neue Aufgaben, Pflichtstunden seien dagegen nicht reduziert worden. Die Gesundheitsrisiken seien immens. „Hier brauchen wir dringend Entlastungen“, die Arbeitszeit müsse endlich gesenkt werden, forderte Laura Pooth, Vorsitzende der GEW Niedersachsen in ihrem Kommentar „Arbeitszeit endlich senken!“ zur Studie.

Alle Studien, gleich welche Methoden angewendet wurden, zeigten ein klares Ergebnis: *Lehrkräfte arbeiten erheblich zu viel und es existiert ein riesiger Berg*

*nicht sichtbarer Überstunden – ohne Bezahlung, ohne Zeitausgleich, vielfach ohne Perspektive auf Besserung. Denn als zweites Ergebnis der Analyse von Thomas Hardwig und Frank Mußmann zeigt sich, dass der relative Anteil an Unterricht (an der Gesamtarbeitszeit) tendenziell kleiner wird und der unsichtbare Teil der Arbeit größer, stellt Pooth klar und fordert deshalb, dass es keinen Aufschub mehr geben darf: „Die Fakten liegen auf dem Tisch. Immer und immer wieder bestätigt und an keiner Stelle widerlegt. Die Lehrkräftearbeitszeit muss gesenkt werden. Angesichts der Tatsache, dass die außerunterrichtlichen Tätigkeiten zunehmen und diese aber keinesfalls beschnitten werden können, weil sonst die Qualität der Arbeit und der selbst gestellte Professionsanspruch leiden, ist es umso dringender, die Unterrichtsverpflichtung zu senken.“*

### Zeiterfassungstudien zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Deutschland

Konzepte, Methoden und Ergebnisse von Studien zu Arbeitszeiten und Arbeitsverteilung im historischen Vergleich Expertise im Auftrag der Max-Träger-Stiftung. Von Thomas Hardwig, Frank Mußmann - unter Mitwirkung von Stefan Peters, Marcel Parciak  
Den Link zur Studie finden Sie auch unter: [www.oeliug.at](http://www.oeliug.at)



Foto von Joachim Wiesner

# Alte Pädagogik

## Schulschwänzen: Geldstrafen sollten nur die allerletzte Maßnahme sein.

Manfred Sparr

Die ehemalige Bildungsministerin und jetzige Bildungssprecherin der SPÖ, Sonja Hammerschmid, nimmt Stellung zu den Plänen, einige Tage Schulschwänzen umgehend mit über hundert Euro zu bestrafen.

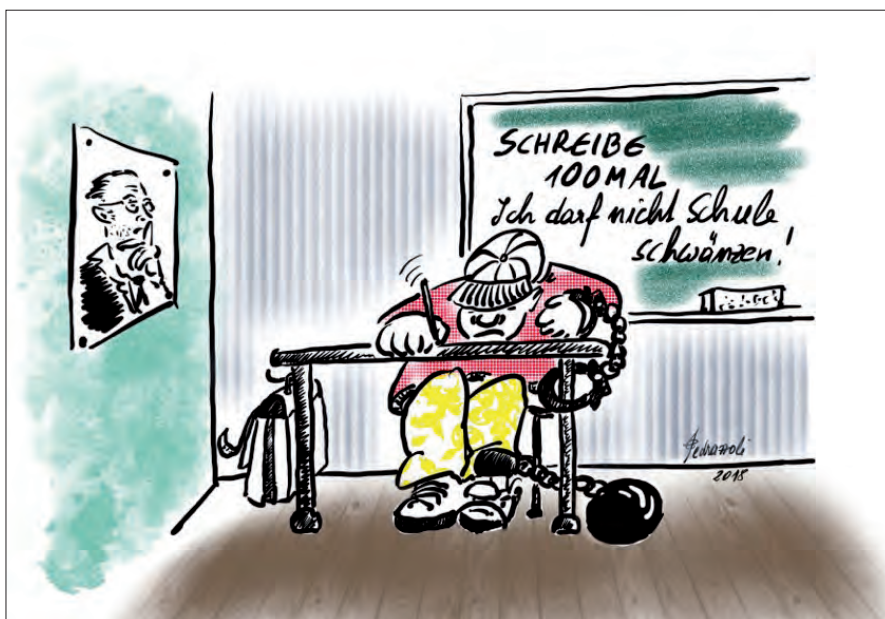
Den Schulschwänzer/innen zu helfen würde der Sache mehr dienen, anstatt sie der türkisblauen und „einfallslosen Strafpädagogik“ auszusetzen, kritisiert Hammerschmid ihren Nachfolger im Bildungsministerium. Aber offenbar sei „Strafen und Sanktionieren“ auch in der Bildungspolitik „das Leitmotiv dieser Regierung“. Beim Griff in die reaktionäre pädagogische Mottenkiste geht es Faßmann offensichtlich um parteipolitisches Kleingeld. Aber sicher nicht um eine Problemlösung. Schulschwänzen habe in der Regel „viel tieferliegende Gründe, wie etwa Schulangst, Mobbing oder familiäre Probleme. Diese werden nicht mit einer Verwaltungsstrafe gelöst“. Denn „sie geht nicht an die Wurzeln des Problems und trifft besonders jene Familien, wo es sozial ohnehin schwierig ist“, so Hammerschmid. „Gerade dort, wo es einen schwierigen sozialen Background gibt oder Kinder in einer problematischen persönlichen oder schulischen Phase sind, muss es Ziel des Bildungssystems sein, zu helfen und zu unterstützen – etwa mit Sozialarbeit und Jugendcoaching“.

In der letzten Regierung wurde deshalb auch ein entsprechendes Verfahren entwickelt, das vor allem auf Kommunikation und Helfen aufbaute. Strafen wurde erst als allerletzte Maßnahme vorgesehen. „Unser Grundsatz muss Helfen sein, statt Strafen“, mahnt Hammerschmid. Vor allem in der Bildungspolitik.

### Redaktionsschluss

für den nächsten Kreidekreis  
20. April 2018  
Beiträge an [a@oeli-ug.at](mailto:a@oeli-ug.at)

AT		ZAHLUNGSANWEISUNG	
EmpfängerIn/Institutsname			
Bezirksbehörde			
IBAN/Kontostellennummer			
AT 423758201100076375			
BIC/Swift-Code der EmpfängerIn		Kann bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen	
RVFGAG2C432		EUR Betrag	
		11560	
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz			
Verwendungszweck, wird bei erfolgreicher Zahlungsbefreiung nicht an EmpfängerIn angeschlossen			
Faßmannbußgeld wegen fünf Tage ununterbrochenem und unentschuldigtem Fernbleiben von der Schule (Schwänzen)			
IBAN/Kontostellennummer/AuftraggeberIn			
A 7423758201100076375			
KontoinhaberIn/AuftraggeberIn/Name/Institutsname			
Josef Sauerwein, Vater des Johannes Sauerwein, Schulschwänzer			
006			
Josef Sauerwein			
Unterschrift Zeichnungsberechtigter			



Cartoon: G. Pedrazzoli

## Gibt es keine Unabhängigen in der AHS-Gewerkschaft?

In der Zeitschrift „gymnasium“, Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft Nr. 6/2017, werden auf Seite 18 unter der Seitenüberschrift „Bundesleitung aktiv“ die „Kontaktdaten 2017/18“ von Bundesleitungsmitgliedern angeführt, und zwar nur jener Mitglieder, die ein „Amt“ haben: Vorsitzender, Vorsitzender-Stellvertreter, Dienstrechtsreferentin, Organisationsreferent, Finanzreferentin, Frauenreferentin und Bereichsleiterin Familie in der GÖD (also nicht in der Bundesleitung). Mit diesem seltsamen Dreh konnte man die Tatsache verschweigen, dass in der Bundesleitung nicht nur FCG-Mandatare sitzen, sondern auch parteiunabhängige MandatarInnen der ÖLI-UG. Beim Bundestag am 26. April 2016 wurde der ÖLI-UG die Funktion der Vorsitzenden-Stellvertreterin verweigert, obwohl es in der GÖD Usus ist, dass ein/e Stellvertreter/in aus der zweitstärksten Fraktion gewählt wird. Was der Mehrheitsfraktion nicht in den Kram passt, wird einfach verschwiegen. Und die FSG spielt mit.

Wir holen die Veröffentlichung unserer Kontaktdaten hier nach. Die aktiven Bundesleitungsmitglieder der ÖLI-UG in der AHS-Gewerkschaft sind:

### Ursula Göttl

BRG Glasergasse, 1090 Wien,  
[ursula.goettl@brg9.at](mailto:ursula.goettl@brg9.at)  
0676-4891161

### Christian Schwaiger

BRG in der Au, 6020 Innsbruck,  
[c.schwaiger@tsn.at](mailto:c.schwaiger@tsn.at)  
0650-3779360

# Die Bildungslandschaft in Südtirol (Teil 4)

Barbara Gessmann-Wetzinger

## Inklusion – seit 1977 in Südtirol Realität

### SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen

Das Südtiroler Schulwesen unterscheidet zwei Gruppen:

#### SchülerInnen mit Funktionsstörungen (=schweren Beeinträchtigungen):

- bringen Ressourcen, die automatisch und nach einem Schlüssel zugeteilt werden.
- können zielfähig gefördert werden und einen zielfähigen Abschluss machen
- Therapien und Fördermaßnahmen sind selbstverständlich, werden aber oft nicht an der eigenen Schule angeboten. Die SchülerInnen werden vom Fahrdienst abgeholt und zu den Therapien gefahren

#### SchülerInnen mit leichten Beeinträchtigungen

(etwa Teilleistungsstörungen, ADHS, Verhaltensauffälligkeiten u.Ä.):

- bringen keine Ressourcen, können damit aber über das großzügige Stundenkontingent versorgt werden, wenn nötig. Südtirol setzt bei Kindern, die mehr brauchen auf die Wirksamkeit von differenziertem eigenverantwortlichem Lernen

Beide Gruppen haben Anspruch auf Erlass- und Kompensationsmaßnahmen. Diese erlauben etwa die Verwendung des Computers, der Rechtschreibkorrektur oder anderer Hilfsmittel, einfachere Fragestellungen, weniger Aufgaben bei der Schularbeit, Vorlesen der Aufgabenstellungen und vieles mehr. Für alle Integrationskinder werden vom Klassenrat individuelle Bildungspläne vereinbart. Die Bildungspläne dienen der Dokumentation und sind für alle LehrerInnen der Klasse verbindlich.

### Feststellung der Beeinträchtigung von Kindern

Diese erfolgt durch einen Facharzt oder durch den psychologischen Dienst.

Dass Mitglieder der Schulverwaltung dabei mitreden, wie bei uns die PflichtschulinspektorInnen, ist undenkbar.

### Räumliche Voraussetzungen/ Ausstattung

Die besuchten Schulen waren gut ausgestattet. Wir sahen helle, große gut ausgestattete Sonderräume für schwer behinderte Kinder, hell und freundlich, ein Bett für das Mädchen, das nicht so lange durchhalten kann, ein Computer mit Soundanlage, Brailletastatur und adäquater Software für die zwei Benutzerinnen des Raumes und vieles mehr.

An einer anderen Schule war ein Extrazimmer für die Sozialpädagogin eingerichtet, die ihre gesamte Lehrverpflichtung an der Schule anwesend ist und unbürokratisch täglich als Ansprechpartnerin für die Kinder und Jugendlichen greifbar ist. Der Schulerhalter - die Gemeinde - beschafft, was für Integrationskinder nötig ist. Es abzulehnen kann er sich imagemäßig kaum leisten.

### Gemeinsamer Unterricht

So viel wie möglich, so wenig wie nötig ist das Motto. Individualisierter, offener Unterricht erleichtert das Andocken für alle Kinder. Die räumlichen Rahmenbedingungen lassen flexibles Reagieren auf die Bedürfnisse der Integrationskinder zu.

### Pflege von Integrationskindern

Für die Pflege wird eigenes Personal angestellt. Pro Sprengel ist zusätzlich eine Pflegespringerin installiert, die erkrankte Pflegepersonen ersetzen kann. Die LehrerInnen dürfen nicht zur Pflege eingeteilt werden.

### So gelingt die Inklusion

Unsere Gesprächspartner nannten wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen der Inklusion:

- Vermeidung von Überforderung der LehrerInnen

- ausreichende Zuweisung von Ressourcen
- Nutzung der autonomen Befugnisse, die rasches Reagieren und flexiblen Einsatz von Ressourcen erlauben
- gutes Beratungs- und Unterstützungssystem – LehrerInnen mit entsprechenden Kenntnissen können als InklusionsberaterInnen teilweise oder auch ganz freigestellt werden
- Zutrauen zu den Lehrpersonen
- gute und zielgerichtete Fortbildungsplanung
- Steigerung der Zahl der Lehrpersonen die inklusive Unterrichtsführung beherrschen
- Coaching für LehrerInnen (dafür sind ausreichend Ressourcen vorhanden, auch Supervision bei Konflikten von LehrerInnen ist leicht möglich)

### Schwierigkeiten

Die Arbeit mit Integrationskindern ist kräfteaufwendend, der Wunsch den einfacheren Fachunterricht, für den man auch ausgebildet ist, zu halten legitim und einfach zu realisieren. Die Fluktuation beim Integrationspersonal ist hoch. Erschöpfte Fachlehrpersonen erhoffen sich von einer Stelle für Integrationsarbeit eine "Pause" und suchen um solche Stellen an. (Der Erhalt einer IntegrationslehrerInnenstelle ist möglich, wenn keine ausgebildete IntegrationspädagogInnen zur Verfügung stehen.)

Die Zusammenarbeit zwischen Regellehrpersonen und Integrationslehrpersonen klappt nicht immer. Manche Eltern setzen zu hohe Erwartungen in die Schule. Die Begabtenförderung ist noch nicht angemessen umgesetzt. Sie wird derzeit teilweise über Wahlfächer versucht, im Unterricht selbst geht aber noch zu wenig. Als besonderes Problem gilt es derzeit viele Flüchtlingskinder aus einer großen Zahl von Ländern zu beschulen.

*Im nächsten Kreidekreis geht es um das LehrerInsein in Südtirol.*

# Urabstimmungen: Arbeitnehmer\*innen-Kraft-Tonikum

Wilfried Mayr



Ein Aspekt der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und der SPD veranschaulicht am besten, welche Stärkung die Position einer Verhandlungsseite erfährt, wenn das Ergebnis der Verhandlungen einer Urabstimmung unterzogen werden muss, bevor es gültig wird. Das wünsche ich mir schon seit vielen Jahren von „unserer“ Gewerkschaft GÖD!

Ob es sich nun um Gehaltsabschlüsse handelt oder um wesentliche Änderungen im Dienst- und Pensionsrecht, die Verhandler\*innen der Gewerkschaft wären besser aufgestellt und verfügten über einen größeren Drohfinger, müssten Verhandlungsergebnisse einer Urabstimmung unter den Mitgliedern unterworfen werden. Ich hätte mir beim Anwerben um GÖD-Mitgliedschaften im konkreten Fall leichter getan, wenn ich auf dieses Mitwirkungsrecht auch der einfachen Mitglieder verweisen hätte können. Auch Entgegnungen wie „Die schnapfen sich das ja auch ohne mich in aller Ruhe und Freundschaft aus!“ wären mir erspart geblieben.

Dass die SPD mit ihren mickrigen 20% bei der jüngsten Bundestagswahl in Deutschland neben dem Vizekanzler auch das Außen- und Arbeitsministerium einfordern konnte, hätte die Scharfmacher in CDU und CSU noch in Gelassenheit verweilen lassen. Aber das Finanzministerium wäre von denen nie her gegeben worden, wenn nicht eine drohende Ablehnung durch die SPD-Basis die neue GroKo zum Scheitern hätte bringen können. Die Jusos (nur 1% der 463.723 SPD-Mitglieder sind unter 20 Jahre alt) können mit dem Slogan „Tritt ein, sag nein!“ für eine Mitgliedschaft werben und damit auch gleichzeitig ihre Position in der Mutterpartei umso besser stärken, je mehr junge Leute eintreten und mitstimmen können.

Urabstimmungen haben an sich in Parteien, Gewerkschaften und Vereinen eine lange Tradition, wenn es um wichtige Dinge geht. In Österreich ist dieser Status noch eher embryonal. APS-Lehrer\*innen durften erst einmal abstimmen. Konkret 2001 zum „Dienstrecht neu“, wo es darum ging, mehr zu arbeiten und weniger Geld dafür zu erhalten. Unter dem Trommelfeuer der GÖD-Funktionär\*innen für ein Ja fand sich auch eine Mehrheit dafür. Der damalige APS-Gewerkschaftsboss Hermann Helm wurde für dieses Ergebnis mit den Posten eines Zentralsekretärs in Gehers Bildungsministerium und anschließend des nö. Landesschulratspräsidenten belohnt. Gewerkschaftskarrieren stelle ich mir anders vor.

In der Regel muss bei Urabstimmungen zur rechtskräftigen Verabschiedung des anstehenden Beschlusses sowohl eine bestimmte Höhe der Wahlbeteiligung („Quorum“) als auch eine qualifizierte Mehrheit (z.B. Zweidrittelmehrheit) erreicht werden. Aber nicht immer: Bei der Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf 1978 genügte

z.B. eine ziemlich dünne Mehrheit, um Österreich weitere Betriebskosten und die Sorge um die radioaktive „Entsorgung“ zu ersparen.

In Deutschland ist die Befragung der Gewerkschaftsmitglieder besonders in Hinblick auf das Streikrecht von Bedeutung. Wenn mindestens 75% der Gewerkschaftsmitglieder für einen Streik stimmen, darf die Gewerkschaft die betreffenden Betriebe bestreiken. Bei Tarifverträgen genügen hingegen 25% für die Annahme des Verhandlungsergebnisses. Es ist also durchaus auch von Bedeutung, welche spezielle Regelungen es bei Urabstimmungen gibt.

Dass dieser demokratische Faktor eine Machtbescheidung der Bonzen bedeutet, ist sowohl offensichtlich als auch der Hauptgrund dafür, dass in Österreich dermaßen sparsam davon Gebrauch gemacht wird. Trotzdem (oder besser deswegen) fordere ich nach wie vor Urabstimmungen bei Gehaltsverhandlungen und allen wichtigen legislativen Änderungen.

**Join the union, change the union!**

Cartoon: G. Pedrazzoli



## Die Jagd nach dem Phantom der objektiven und gerechten

### Beurteilung Korrekturschemata können sich ändern, sie tun dies auch.

Ambros Gruber

Seit September 2017 liegt nun also ein „neues“, sagen wir lieber ein „leicht geändertes“ Korrekturraster für die Beurteilung der SRDP aus Deutsch bzw. aus der Unterrichtssprache vor. Positive Bemerkung – mir wird ja oft genug vorgeworfen nur zu kritisieren: Schön, dass die Evaluierung des vorhergehenden Korrekturrasters so schnell zu einem Ergebnis geführt hat.

Wichtigste Neuerung: Es gibt keine „Fehlerkategorien“ mehr, bei denen streng genommen eine Beurteilung im Bereich „Nicht genügend“ ausreichte, um für die gesamte Arbeit ein „Nicht genügend“ zu rechtfertigen, sondern „Fehlerkriterien“. Und diese sollen – so wurde uns in einer Dienstbesprechung mitgeteilt – holistisch und am besten nicht zu streng beurteilt werden. Begründung: Textintention und Verständlichkeit stünden im Vordergrund, die Versteifung auf Formalismen ist verboten und das „Fehlerzählen“ so wieso (eh schon längst).

So weit, so gut.

Die Handreichung zum Korrekturraster erklärt dann viele Dinge sehr genau und beschreibt den Sprachwandel schön mit dem Satz: „Sprachnormen können sich ändern, sie tun das auch.“ Was für eine Erkenntnis! Überdies wird sehr wohl erwähnt, dass es „schwere“ und „leichte“ Fehler gibt, jedoch wird tunlichst vermieden, genau festzulegen, was denn nun ein „schwerer“ oder „leichter“ Fehler sei... Und bei der österreichweiten Dienstbesprechung der Arge-Leiter\*innen aus Deutsch wurde auch festgestellt, dass im Bereich „Normative Sprachrichtigkeit“ die größten Unterschiede bei der Gesamtbeurteilung einer schriftlichen Arbeit entstehen.

Also, für mich heißt das:

Es gibt für die SRDP einen strengen Textsortenkatalog (Achtung! Ab Haupttermin 2020 zwei Textsorten weniger – nämlich „Offener Brief“ und „Empfehlung“!) und ein einheitliches

Korrekturraster. Wichtig ist aber auch der „Eindruck“ der Arbeit. So steht's in der Handreichung.

Naja.

Es wird also für mich mehr oder weniger offen zugegeben, dass eine wirklich objektive und gerechte Beurteilung ein Phantom ist. Und dass die Jagd nach ihm erfolglos bleiben wird. Auch und gerade in Deutsch bzw. in der Unterrichtssprache.

Und dann denke ich mir: Warum müssen wir das alles machen? Ja, genau: wegen Standardisierungswahn, Vergleichbarkeitswahn, Evaluierungswahn, Statistikwahn, Ökonomisierungswahn,...

Ein Wahnsinn, oder?

*Ambros Gruber,  
BBS Kirchdorf an der Krems*

---

### Brief an den Krkr

#### Gewalt gegen Lehrer\*innen

##### nimmt zu

(KURIER, 24.2.2018)

Eine deutsche Studie belegt Gewalt gegen Lehrkräfte und Paul Kimberger, Vorsitzender der ARGE Lehrer\*innen der Gewerkschaft, meint, dies sei auf Österreich umlegbar. Nicht eben wissenschaftlich aber mutig. Dass er recht haben könnte, belegen Aussagen aus den Schulbehörden, die eigentlich darauf abzielen, ihn zu widerlegen. Z.B.: „Die Gewalt gegen Lehrer\*innen hat nicht jenes Ausmaß erreicht, sodass

man Zahlen erheben würde.“ Welches Ausmaß muss Gewalt erreichen, so dass Zahlen erhoben *würden*? Sollte nicht Gewalt gar kein Ausmaß haben und Schulbehörden sich dies zum Ziel nehmen? Paul Kimberger ist zu verdanken, dass jetzt wenigstens zwei Dinge feststehen: Es gibt tätliche Gewalt gegen Lehrkräfte, und die Schulbehörden meinen, diese sei nicht des Zählens wert.

Dabei wäre es so einfach! Ein Rempler, ein Biss, ein Volltreffer mit dem Feder-

penal = 3 Tötlichkeiten. Wenn es so wenige Vorfälle gibt, warum sie nicht erheben? Man braucht nur eine klare Definition, was erhoben wird und was nicht. Blaues Auge – wird erhoben, wüste Beschimpfung nicht. Rempler – ja, Anschreien – nein. Bedrohung – nein, was soll schon geschehen? Alles was zwischen Schüler\*innen abläuft – nein, weil es mit Gewalt gegen Lehrkräfte nichts zu tun hat. Oder vielleicht doch?

*Andreas Chvatal*

## ÖVP-FPÖ-Regierung – Chancen für ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst? Reinhard Sellner



Auf der Titelseite des GÖD-Magazins wird das Regierungsprogramm als bunte Smarties-Vielfalt präsentiert, Quin distanziert sich von der heulenden Oppositionsmeute<sup>1</sup>

### **Streichen von öffentlichen Aufgaben oder Arbeitsplätze schaffen?**

Laut GÖD-Vorsitzenden Norbert Schnedl könnte die von der Regierung angekündigte „Aufgabenreform“ zur Entlastung der KollegInnen durch den Wegfall von Aufgaben führen, wegen der großen Pensionierungswelle bräuchte es aber auch Neuaufnahmen. Zentrale gewerkschaftliche Forderung ist demnach nicht das Schaffen notwendiger zusätzlicher Arbeitsplätze zur Sicherung der Qualität gemeinwohlorientierter Leistungen und zum Abbau von Überbelastung der KollegInnen, sondern das Reduzieren von *Aufgaben*, egal ob Verwaltungsabläufe vereinfacht oder am Sozialstaat gespart werden soll. Die GÖD-Spitze ist anscheinend dabei, die KollegInnen auf kostenneutrales Wohlverhalten gegenüber der türkis-blau eingefärbten ÖVP-FPÖ-Regierung und ihrer sozial restriktiven Budgetpolitik einzustimmen.

### **Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Budgetpolitik kein GÖD-Thema?**

Die UGÖD-Forderung nach einer sachlich fundierten, kritischen Einschätzung des Regierungsprogramms ist im GÖD-Vorstand Minderheitenprogramm geblieben. Die von ÖVP/FPÖ intendierten Folgen für die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben, für Teilzeit- und prekär Beschäftigte, für Erwerbsarbeitslose, für Alte und Junge, Frauen und Männer, MigrantInnen und „Einheimische“, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie sind bis auf weiteres für FCG (und anscheinend auch für die FSG-GÖD) kein Thema. Eine Folgeneinschätzung des vorliegenden Regierungsprogramms sei keine Aufgabe der Teilgewerkschaft GÖD, sondern eine des ÖGB.

### **Sozialabbau zugunsten marktmächtiger Unternehmen oder Vorbereitung gewerkschaftlicher Maßnahmen?**

Die auf über 5 Seiten ausgebreitete Titelgeschichte im GÖD-Magazin heißt „Die Gelegenheit ergreifen“. Autor dieser *Geschichte von den Chancen* ist nicht der GÖD-Vorsitzende, sondern der auf Neugebauer-Zuruf ins GÖD-Präsidium kooptierte Dienstrechtsreferent Eckehard Quin. Weil ihm „*nicht nur der Platz, sondern in vielen Bereichen die Sachkenntnis fehlt*“, beschränkt er sich aufs meist kommentarlos-zustimmendes Zitieren aus dem Regierungsprogramm. GÖD-Mitglieder werden in ihrer Gewerkschaftszeitung keinen Hinweis auf die Belastungen finden, die Schwarz-Blau allen ArbeitnehmerInnen zumutet. Die Schwächung von AK- und ÖGB, Betriebsvereinbarungen statt flächendeckender Kollektivverträge, Sozialabbau und Sozialversicherungsumbau, 12-Studententag, Wegfall der Notstandshilfe für Arbeitslose und Kürzung der Mindestsicherung, Verschärfung im Asyl- und Bleiberecht, Ausgrenzung sozial Schwacher, schwarzblaue Pädagogik mit Ziffernnotendruck und Ausbau des Zweiklassen-Schulsystems, Kapital- und Vermögensförderung auf Kosten der sozialen Wohlfahrt – das alles bleibt im GÖD-Magazin ausgespart.

Quins einleitende Kritik am „*ungustiösen zweideutigen Kickl-Sager*“ über das konzentrierte Halten von Flüchtlingen richtet sich gegen die FPÖ, hat nichts mit der Regierungserklärung zu tun und wird zum Aufhänger für die pauschale Distanzierung von der „*heulenden Oppositionsmeute*“ von SPÖ und Grünen. Was dann unkritisch ausgebreitet wird, ist der Wortlaut von Passagen des Regierungsprogramms und *seiner Chancen* für Justiz&Polizei (Personalaufstockung!), Bundesheer (mehr Budget!) und Bildung („*unmissverständliches Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem*“).

Skepsis findet sich dann doch noch am Ende in Form eines Zitats aus der Regierungserklärung (Achtung: Ironie!): „*Alle vorgesehenen Maßnahmen werden nur umgesetzt, wenn sichergestellt ist, dass etwaige Mehrkosten oder Mindereinnahmen durch strukturelle Gegenfinanzierungsmaßnahmen gedeckt sind.*“

### **Für eine aktive, die KollegInnen informierende + mobilisierende Gewerkschaftspolitik**

Wir UGÖDlerInnen kritisieren nicht von außen. Wir bringen Themen in den GÖD ein und setzen Initiativen in den Bundesvertretungen. Für eine aktive, die KollegInnen informierende und mobilisierende Gewerkschaftspolitik. Auch wenn für die Mehrheitsfraktion FCG noch immer nicht klar ist, dass gegen Kurz und sein autoritäres Durchgriffsrecht in der ÖVP eine parteiunabhängige, von vielen Mitgliedern aktiv mitgestaltete Gewerkschaftsarbeit angesagt ist. Die klare Absage des GÖD-Vorsitzenden an die AK- und ÖGB/KV-Abrisspläne von Kurz und Strache, zeigt, dass die Haltung der FCG gegenüber der neuen ÖVP und ihrem Kanzler widersprüchlich ist. Das Schnedl-State ment fehlt im aktuellen GÖD-Magazin, ist aber über die GÖD-Homepage immer noch abrufbar<sup>2</sup>.

### **Join the Union, change the Union! Glück auf, trotz alledem!**

*Reinhard Sellner ist Referent für gewerkschaftliche Bildungsförderung und vertritt die UGÖD im GÖD-Vorstand*

1. Die Gelegenheit ergreifen. GÖD-Präsidiumsmitglied Eckehard Quin zitiert in „GÖD aktuell“ aus dem Regierungsprogramm.

<https://goed.at/publikationen/goed-magazin/titelgeschichten/> und <https://goed.at/fileadmin/magazin/2018-01/>

2. archiviert und abrufbar unter <https://goed.at/video/>



## ÖLI-APP: Immer top aktuell informiert



Die Österreichische Lehrer/innen Initiative – UG hat ihr Informationsservice mit der neuen ÖLI-UG APP um einen wichtigen Schritt erweitert. Derzeit kann die APP auf allen Smartphones mit dem Betriebssystem Android genutzt werden.

### Was bringt dir diese APP?

Keine wichtige Nachricht mehr verpassen. Denn die ÖLI-UG APP informiert dich automatisch und top aktuell über alle neuen Beiträge auf der Homepage der ÖLI-UG. Ein Klick auf den ÖLI-UG Button öffnet direkt die Homepage auf deinem Smartphone.

### Die APP ist einzigartig, denn sie

- ist kostenlos,
- benötigt keine Daten von dir,
- verursacht nur sehr geringes Downloadvolumen und
- verbraucht so gut wie keine Energie (Batterie) von deinem Handy.



Du findest die APP in deinem Store (Play-Store) unter dem Suchbegriff „ÖLI oder direkt über Link (QR-Code).

## Wenn die kollektive Erregung zur offiziellen Politik wird

„Die große Gereiztheit“, das neue Buch des Medienwissenschaftlers Bernhard Pörksen.

Manfred Sparr

„Ehrlich gesagt wird einem angst und bang bei der Lektüre“ dieses Buches. Mit diesen Worten leitet Otto Friedrich in der Furche (8/22. Februar 2018 S 17) seine Besprechung des Buches „Die große Gereiztheit“ des Medienwissenschaftlers Bernhard Pörksen ein.

Pörksen analysiert und beschreibt eindrucksvoll die Ursachen, die Entwicklung und die Folgen der alle Gesellschaftsbereiche erfassenden „Empörungskybernetik“. Ein Zustand, in dem „miteinander verschlungene, sich wechselseitig befeuernde Impulse einen Zustand der Dauerirritation“ erzeugen. Empörung, kollektive Erregung und unkontrollierte Aufgeregtheit bestimmen den öffentlichen Diskurs genauso wie die Strategien der Lobbyisten und Parteistrategen.

Mit bedenklichen Auswirkungen auf die *Demokratie und gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse*. Unschwer ist diese Entwicklung auch in Europa erkennbar. Neben Ungarn und Polen führt die „Neue Politik“ Österreich an die Spitze dieser Negativentwicklung, in der „perfekt orchestrierte Regierungspropaganda“ Vorrang vor Verantwortung und Wahrheit hat, sich die Grenzen des Sagbaren „rasant verschieben“, Qualitätsjournalismus von Regierungsparteien massiv bekämpft wird und die Parteien mit ihren Vorfeldorganisationen nicht davor zurückschrecken, alles und jeden rücksichtslos öffentlich an den Pranger zu stellen, wenn es ihren Interessen dient.

**„Völlig bedeutungslose Nichtereignisse schwingen sich in der Empörungsmaschinerie moderner Medien zu inhaltsschwangeren Diskursthemen auf.“**

Diese maßlose Dynamik in der aktuellen cholerischen Medienwelt treibt immer wieder seltsame Blüten. So zum Beispiel die Ankündigung Trumps nach dem Massaker in Parkland, die Pädagog/innen in den Schulen mit Waffen auszustatten, um zukünftig solche Massaker an Schulen zu verhindern.

### Alarm!

In der Tat nicht annähernd so dramatisch abwegig wie die Trump'sche Schulhausbewaffnungsphantasie ist der aktuelle Vorstoß der schwarzen Lehrgewerkschaft zu sehen, aber es könnte sehr wohl als Beispiel in Pörkens Buch herhalten: **Kurier:** „Gewerkschaft: Gewalt gegen Lehrer nimmt zu. Gewerkschaft schlägt Alarm, Attacken und Drohungen sollen künftig statistisch erfasst werden ...“.

Und wenn sich dann auch noch der Bundesschulsprecher der ÖVP nahen Schülerunion, Harald Zierfuß, einmischt und fordert, dass „hart gegen die Schüler durchgegriffen werden“ muss, sehen wir ein schönes Beispiel dafür, wie sich Politiker, und die, die aus verschiedensten Gründen mehr oder weniger von ihnen abhängig sind, *an die banalsten Medienbedingungen anpassen müssen*.

### „Was tun?“

Otto Friedrich fasst Bernhard Pörkens Vorschläge für einen Ausweg aus der medialen Wahrheits- und Diskurskrise zusammen: Die Lösung sei *nicht eine politische oder mediale Aufgabe*, sondern die Lösung liege allein in der Bildung.

# Von Anfang an mit dabei ... von MOST zur NOST bzw. NOVI

Ursula Göttl



An meiner Schule lief der Schulversuch „Modulare Oberstufe“ 10 Jahre lang sehr erfolgreich. Wir haben uns deshalb entschlossen gleich mit diesem Schuljahr umzusteigen und die Einführung der NOST nicht aufzuschieben. An einer MOST-Schule wird aus der NOST die NOVI (Neue Oberstufe mit vertiefter Individualisierung), es gibt ein breites Angebot an Wahlmodulen, was für uns die Attraktivität dieses Modells ausmacht. So wird der zusätzliche Arbeitsaufwand mit mehrfachen Semesterprüfungen für uns zumindest zum Teil aufgewogen durch die verstärkte Autonomie: Lehrende und SchülerInnen schätzen die Wahlmodule sehr, immer wieder werden interessante neue Themen angeboten.

Ein Erfolg der MOST waren deutlich weniger SchulabbrecherInnen und auch RepetentInnen. Die kürzere Beurteilungsperiode und die Tatsache, dass alle positiven Semesternoten erhalten bleiben, haben zu erfreulichen Effekten in der Arbeitshaltung der SchülerInnen geführt. Zusätzlich können wir jetzt die Lernbegleitung ILB anbieten, da sind unsere ersten Erfahrungen sehr positiv.

Völlig neu ist, dass das Semesterzeugnis ausweisen muss, welche Kompetenzen in einem negativ abgeschlossenen Fach nicht erfüllt wurden. Nur

über diesen Teil des Semesterstoffs wird dann eine Prüfung abgehalten, was über ein Zeugnisbeiblatt in Sokrates dokumentiert wird. Das wurde für die AHS neu programmiert. Für unsere Administration war die Erstellung der Zeugnisse Ende Jänner sehr zeitintensiv und stressbeladen, denn die technischen Voraussetzungen wurden erst im letzten Moment fertiggestellt.

Diese Neuerung stammt nicht aus dem Schulversuch MOST und ist erst im parlamentarischen Prozess in die Neue Oberstufe aufgenommen worden. Bei uns gab es Semesterprüfungen über den gesamten Semesterstoff. Jetzt sollen nur mehr jene Teile geprüft werden, die *nicht überwiegend erfüllt* wurden, dies muss im Zeugnisbeiblatt ausgewiesen werden. Dass hier nur mehr die negativ beurteilten Kompetenzbereiche aufscheinen sollen, hat sehr weitreichende Folgen und hat dementsprechend auch zu heftigen Diskussionen geführt.

Der Semesterstoff laut Lehrplan muss jetzt von der Lehrkraft strukturiert, also in Kompetenzbereiche gegliedert werden. Für **jeden** dieser Kompetenzbereiche gilt dann für ein *Genügend*, dass „*die wesentlichen Bereiche überwiegend erfüllt*“ sein müssen. Ein Kompensieren zwischen den Bereichen ist nicht möglich! Sobald **ein** derartiger Bereich mit Nicht genügend beurteilt

wird, wird die Semesternote negativ. Das entspricht einer Neuinterpretation der LBVO und wird zu zusätzlichen Nicht genügend führen, wenn hier nicht sehr umsichtig vorgegangen wird. Damit wäre die positive Bilanz der NOST gefährdet.

Die Gliederung des Semesterstoffs in Kompetenzbereiche liegt in der Verantwortung der Lehrkraft, empfohlen werden aus pragmatischen Gründen 2 bis 3 Bereiche. Eine Standardvariante wird für jedes Fach erarbeitet, allerdings nicht rechtzeitig für dieses Schuljahr.

Dass jetzt ein weiteres Aufschieben der NOST möglich ist, freut mich für jene Schulen, die damit abwarten können, was in der Pilotphase erarbeitet wird. Heuer werden die 27 AHS-Einsteigerschulen vom Ministerium begleitet und unterstützt. Gemeinsam können wir Abläufe planen, Checklisten erstellen und Erfahrungen diskutieren. Auf diesen Erfahrungen wird auch eine Evaluierung aufbauen können. Allerdings sollte dann auch die Neuinterpretation der LBVO überdacht werden: Was als Entlastung gedacht war, könnte zu einem Anstieg der *Nicht genügend* führen!

*Ursula Göttl ist AHS-Lehrerin für Chemie und Physik, Schülerberaterin, SQA und Schulentwicklungsexpertin am Erich Fried-Realgymnasium in Wien.*

UBG



**Rechtsschutz, Beratung und Service  
ab dem 1. Beitrittstag**

18.- € Mitgliedsbeitrag

**Unabhängige Bildungsgewerkschaft  
[www.dieubg.at](http://www.dieubg.at)**

# Gesamt...was?

von Andreas Chvatal



Das war's dann wohl! Die neuen alpenrepublikanischen Rudermänner Kurz und Strache strahlen in der Landschaft herum und nicht einmal ein Landbauer kann die koalitionäre Eintracht trüben. Zum Ausdruck ihrer Einigkeit genügen manchmal nicht mehr als zwei Worte, z. B. „Gymnasium bleibt!“ Das lässt keine Fragen offen. Ein klares Bekenntnis zur Sicherung des bürgerlichen Bildungsprivilegs mit eingebauter Platzanweisung für die *sozial Unteren*: „Ab in die Restschule!“ Welchen Sinn macht es in dieser Situation, die Gesamtschule zu fordern? Die Regierung wird dies nicht einmal ignorieren.

Gegenfrage: Wann war es jemals zuvor sinnvoll, also erfolgversprechend, diese Forderung zu erheben? Welche SPÖgeführte Regierung hat sich für das Thema ernsthaft interessiert? Abgesehen von der Instrumentalisierung des Begriffes als diffuse Zielvorstellung, anlässlich der - fast ausschließlich auf Wien beschränkten - Einführung der KMS und später der WNMS<sup>1</sup>, konnte die Sozialdemokratie in über 30 Kanzlerjahren seit 1970 mit der Gesamtschule wenig bis gar nichts anfangen. Ihr bildungspolitisches Vermächtnis beschränkt sich auf das Ersetzen der Hauptschule durch die NMS. Die damit verbundene Ressourcenerhöhung ist zwar lobenswert, kann aber von der neuen Regierung im Handumdrehen rückgängig gemacht werden. Die Verwirklichung der Gesamtschule ist seit Oktober 2017 kaum weiter entfernt, als in den Jahrzehnten davor. Trotzdem ist es immer sinnvoll sie zu fordern, schon alleine deshalb, weil wir den Verhinderern einer emanzipatorischen Schule, den Bewahrern der Bildungsprivilegien der Wohlhabenden und ihrer Steigbügelhalter nicht den ultimativen Gefallen tun dürfen, das Nachdenken darüber einzustellen, wie ein gerechtes Schulsystem aussehen müsste.

Die Gesamtschule braucht... 1) ... das restlose Aus von AHS Unterstufe und

NMS. 2) ...ein klares Konzept für den gemeinsamen Unterricht bestgeförderter SuS und solchen, die Nachholbedarf haben und zwar ohne Fantastereien den Arbeitsaufwand der Lehrkräfte betreffend. (Kleiner Hinweis: „Sitzen lassen“ oder „Fünfer verunmöglichen“ bzw. „Vierer schenken“ dürfen darin nicht vorkommen!) 3) ...die Entdogmatisierung der Ganztagschule. 4) ...einen Plan für die Bewältigung sämtlicher problematischer Entwicklungen, die sich seit längerem hauptsächlich im Pflichtschulbereich verdichten (Migration, Verwahrlosung...). 5) ...den Blick über die Landesgrenzen<sup>2</sup> und nicht jenen in die PISA Studie<sup>3</sup>.

6) ... eine völlige Neudefinierung dessen, was derzeit als Inklusion bezeichnet wird (s. u.). 7) ...

Die Gesamtschule würde mehr Chancengerechtigkeit bringen, da die Selektion der 9jährigen ersatzlos wegfele. Die ehemaligen HS/NMS Kids hätten eine klare Leistungsmotivation. Für die ehemaligen AHS Kids ändert sich fast nichts. So schreiben sie etwa ihren ersten Roman statt mit 16 erst mit 17. Gegen ein solches Konzept würde sich „Gymnasium bleibt!“ eher kümmerlich ausnehmen. Es wäre ein Beitrag zu einer alternativen Politik, die der herrschenden entgegen gehalten werden könnte. Natürlich darf es nicht der einzige bleiben.

++

Ein Wort zur sogenannten Inklusion: Alle Sonderschulformen auflösen und die Kinder in die Pflichtschule schicken! Wenn das Inklusion ist, lehne ich sie ab! Die Verschiedenartigkeit der Gruppen von SuS, die derzeit außerhalb der Regelschule betreut werden, wird ignoriert. Ein sinnesbeeinträchtigtes Kind wird mit einem lernschwachen und dieses wieder mit einem sozial-emotional beeinträchtigten gleichgesetzt. Konkrete Organisations- und Finanzie-

rungsmodelle zur Sicherung der Betreuungsqualität gibt es nicht. Offenbar soll nichts organisiert und schon gar nicht finanziert werden. Am einfachsten ist es natürlich, Beeinträchtigungen quasi zu verbieten, so wie es allem Anschein nach für die Integration in Wien geplant ist. Lernbeeinträchtigte Kinder werden nicht mehr als solche bezeichnet und laufen in Normalklassen mit, die einmal in der Woche von einer Sonderpädagogin/einem Sonderpädagogen in beratender Funktion besucht werden. Integration nach dem Vogel-Strauß-Prinzip, als Vorbild für die zukünftige Inklusion?

Inklusion ohne Gesamtschule? Wenn die Inklusion auf die Pflichtschule beschränkt bliebe, wäre sie ein begrifflicher Widerspruch in sich, denn sie würde die AHS Unterstufe exkludieren(!) Der einzige Vorteil dieser sogenannten Diskussion ist, dass sich zeigt, wie an ein Gesamtschulkonzept *nicht* herangegangen werden kann.

Eingangs erwähnte Rudermänner sind natürlich sowohl gegen Gesamtschule als auch gegen Inklusion. Im Bedarfsfall würden sie wohl „Gymnasium bleibt!“ durch „Inklusion kommt nicht!“ ergänzen. Wie sie mit den langen Sätzen zurecht kommen werden, aus denen Konzepte für Gesamtschule und sinnvolle Inklusion bestehen müssen, bleibt abzuwarten.

1. KMS (Kooperative Mittelschule) und WNMS (Wiener Neue Mittelschule) waren der Versuch, Pflichtschulstandorte in Konkurrenz zur AHS Unterstufe treten zu lassen. Vermehrter Arbeitsaufwand der Lehrkräfte sollte eine größerer Attraktivität der KMS, WNMS bewirken.

2. Die Kreidekreis Serie zu Südtirol ist ein erster Schritt in diese Richtung.

3. PISA: Finnland (Gesamtschule) liegt weit vor Ö, Italien (Gesamtschule) etwas hinter Ö. Die Schweiz (keine Gesamtschule) ist fast so gut wie Finnland...

## Wollt ihr die perfekte Schule?

**oder: Bildung, das Fenster zur Welt** von Monika Wölflingseder



Wer will sie nicht, die perfekte Schule, welche die Kinder und Jugendlichen zu glücklich-und-zufriedenen Erwachsenen macht? „Nur gute Bildung sichert den Jungen ihre Zukunft“, titelten die Salzburger Nachrichten am 02.12.2017. Die neue Regierung scheint diese gute Bildung durch eine „Perfektionierung“ des Schulsystems gewährleisten zu wollen, indem möglichst viel und möglichst früh getestet, gescreent, überwacht, aussortiert und zentral vorgeschrieben wird. Eine in diesem Sinn „perfektierte“ Schule ist in meinen Augen aber ein Angriff auf wirklich gute Bildung. Denken wir doch einmal über den schulischen Tellerrand hinaus... Ist es tatsächlich die schulische Karriere, die einzig und allein darüber entscheidet, wie „rosig“ die Zukunft sein wird?

Nein – es ist viel mehr, was wir für unsere Zukunft brauchen: Sozialer Friede, eine intakte Umwelt, Lebensperspektiven, die nicht nur am wirtschaftlichen Profit orientiert sind, Zeit für Privatleben, die Freiheit, sich Lebensziele selbst zu stecken und nicht nur so zu funktionieren, wie andere sich das von mir erwarten ...

Welche Absicht steckt hinter den Plänen der neuen Regierung, dass auf die Kinder (und deren Eltern!) von klein auf noch mehr Druck ausgeübt werden soll? (Sprachscreening im Kindergarten, Verpflichtung zu Ziffernnoten in der Volksschule, Aufnahmeprüfungen für AHS usw.)

„Nur wer den (von der Bildungspolitik und der Wirtschaft gestellten) Anforderungen genügt, hat eine Zukunft!“, wird postuliert. Das Darwin'sche Prinzip der Auslese darf nicht in Frage

gestellt werden. Wer durch die von sogenannten BildungsexpertInnen erstellten „Kompetenzraster“ fällt, hat Pech gehabt, bzw. – so soll glaubhaft gemacht werden – hat es eben nicht verdient, einen bestimmten Bildungsweg einzuschlagen, einen bestimmten Berufsweg zu verfolgen. Das beginnt im Kindergarten, wo die erste Auslese stattfindet, setzt sich fort in der Volksschule, im Sekundarstufenbereich und geht bis zur Universität, wo Zugangsbe-



schränkungen und eine Begrenzung der möglichen Studiendauer geplant sind: wer nicht „spurt“ - wer nicht in der vorgegebenen Spur bleibt - wird exmatriculiert!

Was wird mit diesem Druck bezweckt? Soll damit die Energie und die Aufmerksamkeit der jungen Menschen und deren Eltern so sehr auf die „Bildungskarriere“ gelenkt werden (die allein angeblich für ihre Zukunftschancen entscheidend ist), dass ihnen keine Zeit und Energie und kein Platz im Kopf mehr dafür bleibt, sich Gedanken darüber zu machen, was sie wirklich für ein gegliedertes Leben brauchen? Auf dass niemand Druck auf die Politik ausübt und fordert, dass die PolitikerInnen sich um *alles* kümmern, was für unsere Zukunft wichtig ist: Sozialer Friede, eine intakte Umwelt ... siehe oben?

Um selbst erkennen zu können, was mich glücklich und zufrieden macht, dafür brauche ich sehr wohl eine gute Bildung. Eine Bildung, die eigenständiges Denken fördert, ja fordert. Eine Lesekompetenz, die nicht nur einfaches sinnerfassendes Lesen gewährleistet, sondern auch befähigt, zwischen den Zeilen zu lesen.

Eine Bildung, die das Selbstbewusstsein so weit stärkt, dass statt Ellbogentechnik Kooperation möglich wird – nicht nur auf dem Bildungsweg, sondern auch später im Beruf, im gesellschaftlichen und im privaten Zusammenleben. Eine Bildung, die durch „Herzensbildung“ das ihre zum sozialen Frieden, zu nachhaltig-verantwortungsvollem Handeln der zukünftigen Erwachsenen beiträgt...

Schule muss ohne Frage auch leistungsorientiert sein. Aber Bildung ist nicht Leistungssport! In der Schule darf es

nicht darum gehen, worum es im Spitzensport geht – letztlich nur um Ruhm, um sehr viel Geld und um das Prinzip: „Nur einer kann gewinnen!“ Keine Gesellschaft kann sich ein Bildungssystem leisten, in dem nur einer - oder nur wenige – gewinnen können.

Ein Bildungssystem, das wirklich Zukunft verspricht, muss eines sein, in dem ALLE gewinnen – in all der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht.

Dieses Ideal, diese Vision gilt es zu verfolgen - und niemand sagt, dass das einfach ist. Es die Aufgabe unserer Regierung, die Rahmenbedingungen für ein wirklich zukunftsfähiges Bildungssystem zu schaffen, auch wenn es nicht einfach ist – und niemand sagt, dass Regieren einfach ist!

# fragen & antworten



Zahlreiche KollegInnen nutzen [oeliug.at/kontakt](mailto:oeliug.at/kontakt) um Anfragen zu stellen. Gabriele Atteneder berichtet aus den Antworten der ExpertInnen.

### DIENSTRECHTSWECHSEL ZWISCHEN LANDESVERTRAG (NMS) UND BUNDESVERTRAG (AHS).

Ich bin derzeit Unterrichtspraktikantin an einer AHS und werde 18/19 einen Sondervertrag an einer NMS als Landeslehrerin bekommen. Gilt meine Wahl für das alte Dienstrecht dann auch, wenn ich später an eine AHS wechseln kann?

#### Antwort

Es gibt nur eine Wahlmöglichkeit bei Einstieg in ein Dienstverhältnis als LehrerIn und die gilt auf Dauer für alle späteren Dienstverhältnisse als Landes- oder Bundeslehrerin in Österreich. In [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/37](http://jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/37) steht im Absatz 2 als letzter Satz: „Eine gemäß § 2 Abs. 2 des Landesvertragslehrpersonengesetzes 1966 LVG, BGBl. Nr. 172/1966, für ein Dienstverhältnis als Landesvertragslehrperson getroffene Festlegung wirkt auch für ein später begründetes Bundesdienstverhältnis als Vertragslehrperson.“ Der oben zitierte Satz steht umgekehrt auch im Landesvertragslehrpersonengesetz, so dass also eine Entscheidung als Bundeslehrerin dann auch umgekehrt bei einer Anstellung als Landeslehrerin gilt.

### WAHLRECHT ALTES DIENSTRECHT MIT NEUER LEHRERINNENAUSBILDUNG

Ich werde heuer mit dem neuen Lehrer-BA fertig und unterrichte ab Herbst 2018. Darf ich das alte Dienstrecht wählen?

#### Antwort

Laut [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/37](http://jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/37) ja, laut Dienstgeber nein. Tritt der Gewerkschaft bei: [goed.at/meine-mitgliedschaft/mitglied-werden](http://goed.at/meine-mitgliedschaft/mitglied-werden) und nimm Kontakt mit dem Rechtsbüro auf ([goed.recht@goed.at](mailto:goed.recht@goed.at)). Wir sind

überzeugt, dass der Arbeitsgerichtsprozess für das Wahlrecht ausgeht.

### ANSTELLUNG ALS HTL-LEHRERIN

Als Bautechnik-Dipl.Ing interessiert mich eine Anstellung als HTL-Lehrer. Um den Umstieg gut planen zu können, würde ich gerne wissen, welche Einstufung ich erwarten kann, wenn ich im Herbst 2018 beginne. Ich habe mehr als 15 Jahre Berufserfahrung.

#### Antwort

Für den Einstieg als HTL-Lehrer ist der Zeitpunkt von Bedeutung. Ab Sept. 2019 gilt das neue LehrerInnendienstrecht verpflichtend und das bedeutet, dass 3 Unterrichtsstunden mehr und 2 weitere nichtunterrichtliche Aufgaben verpflichtend dazu kommen. Falls in der Umgebung also 2018/19 keine Stunden für Bautechniker frei sind, wäre deshalb auch ein Einstieg anderswo an einer Bau-HTL überlegenswert. Denn die Entscheidung für das alte Dienstrecht gilt auch für die Zukunft an jeder anderen Schule in Österreich. Als Vordienstzeiten/ Berufserfahrungszeiten sind gem. [jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/26](http://jusline.at/gesetz/vbg/paragraf/26) anrechenbar: alle Zeiten im öffentlichen Dienst im EWR+Tuerkei+Schweiz und maximal 10 Jahre Privatwirtschaftszeiten (oder Selbstständigkeit) in Ausübung einer einschlägigen Berufstätigkeit, wenn fachliche Erfahrung vermittelt wird und mindestens eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: 1. wenn eine fachliche Einarbeitung auf dem neuen Arbeitsplatz überwiegend unterbleiben kann oder 2. wenn ein erheblich höherer Arbeitserfolg durch die vorhandene Routine zu erwarten ist. Bei der Aufstellung der Berufserfahrungszeiten ist die genaue Angabe der Tätigkeiten ab dem Studienabschluss wichtig, sowie die Darstellung des inhaltlichen Zusammenhangs mit der künftigen Tätigkeit als Lehrer bautechnischer Fächer. Es

gibt daher eine sehr realistische Chance auf Anrechnung von 10 Jahren. Dazu kommen noch maximal 6 Monate Bundesheer oder 9 Monate Zivildienst.

### ÜBERSTUNDEN NICHT ERWÜNSCHT

Ich möchte in den LehrerInnen-Vorschlägen für die Lehrfächerverteilung festhalten, dass ich keine Überstunden will. Mit wie vielen WE ist man voll? Gilt noch die Regel mit 19,5 WE?

#### Antwort

Vollbeschäftigt ist man nur mit 20 WE. Aber Abs. 2b von [jusline.at/gesetz/bdg/paragraf/213](http://jusline.at/gesetz/bdg/paragraf/213) bietet (nur für Personen im alten Dienstrecht!) die Möglichkeit Überstunden zu vermeiden, indem eine Erklärung abgegeben wird, dass man zur Überstundenvermeidung mit 19-19,99 zufrieden ist. Die Bezahlung ist allerdings dementsprechend reduziert. BeamtInnen können für die Pensionswirkung freiwillig die Pensionsbeitragsvollzahlung beantragen (letzteres geht aber leider für VertragslehrerInnen nicht). Formulierungsvorschlag siehe [oeliug.at/recht/dienstrechtsskriptum/formulare](http://oeliug.at/recht/dienstrechtsskriptum/formulare)

### KRANKMELDUNG

Ab wann muss man eine Krankmeldung vom Arzt bringen: am 3. oder 4.Tag? Und gibt es einen Unterschied zwischen Pragmatisierten und VertragslehrerInnen?

#### Antwort

Wenn die Schulleitung eine ärztliche Bestätigung/Krankmeldung verlangt, dann muss man sie bringen. Ab dem 4. Krankenstandstag müssen sowohl Pragmatisierte als auch VertragslehrerInnen ohne Aufforderung die ärztliche Krankmeldung der Schulleitung vorlegen. Gesetzesstelle für BeamtInnen - BDG: § 51 Abs. 1-2; für VL - VBG: § 7 Abs.1-3

# Pension, Zeitkonto, Sabbatical, Alters- teilzeit, Jubiläumszulage, Abfertigung

Gary Fuchsbauer



### Pensionsalter

Antritt am (Monatsersten nach dem) 65. Geburtstag. Ab dem 62. Geburtstag und mit mindestens 40 Pensionsversicherungsjahren ist der Pensionsantritt mit finanziellen Einbußen möglich. Ausnahme: weibliche Vertragsbedienstete, die vor dem 2.6.1968 geboren sind: Pensionsalter: 64,5 Jahre, vor 2.12.67: 64, vor 2.6.67: 63,5, vor 2.12.66: 63, vor 2.6.66: 62,5, vor 2.12.65: 62, vor 2.6.65: 61,5, vor 2.12.64: 61, vor 2.6.64: 60,5, vor 2.12.63: 60 Jahre.

### Zeitkonto

Ist für alle Landes- und BundeslehrerInnen mit Dauervertrag im alten Dienstrecht möglich: Erklärung im September abgeben, dass ein gewünschter Prozentsatz der Mehrdienstleistungen nicht ausgezahlt, sondern auf das Zeitkonto angespart werden kann. Auszahlung des Zeitkontos ist jederzeit (aber nur für das gesamte Guthaben) möglich. Auszahlungshöhe: als wären die angesparten Überstunden im Monat der Auszahlungsbeantragung gehalten worden. Nutzen des Zeitkontos als Freizeit ist nur in ganzen Schuljahren (außer von Schulanfang bis Pensionierung) und nur mit mindestens 50% der Lehrverpflichtung möglich und ist bis 1. März davor zu beantragen. Genehmigung kann bei wichtigen dienstlichen Gründen verweigert werden. Zeitkontonutzung kann mit Ansuchen um Teilbeschäftigung genutzt werden, sodass eine halbe Jahreslehrverpflichtung am Zeitkonto reicht, um sich ein Freijahr (bei fortlaufender halber Bezugszahlung) zu finanzieren. Aktueller Zeitkontostand: [bildung.portal.at](http://bildung.portal.at)

### Sabbatical

Ist für alle öffentlich Bediensteten ab dem 6. Dienstjahr möglich. LehrerInnen können eine Sabbaticalrahmenzeit von 2-5 Schuljahren (bis August) und darin 1 freies Schuljahr beantragen („Teilzeit mit geblockter Dienstleistung“, Bezahlung nach dem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß in der Rahmenzeit, zB 3 Jahre voller Unterricht, 1 Jahr frei:  $\frac{3}{4}$  (75%) Bezahlung. MDL werden in den Unterrichtsjahren extra ganz normal ausbezahlt – oder aufs Zeitkonto angespart). Das Freijahr kann bei Rahmenzeit 2-3 Jahre ab dem 2. Jahr, bei Rahmenzeit 4-5 Jahre ab dem 3. Jahr gewählt werden. Wird am Ende der Sabbaticalrahmenzeit das gesetzliche Pensionsalter (65, außer weibl. VL, s.o.) erreicht, kann das Freijahr mit der Pensionierung enden. Liegt der Geburtstag zwischen 2.9. und 31.12. darf die Rahmenzeit und das Freijahr auch um 1-4 Monate verlängert werden. ZB: geb. 2.12.58,

Sabbaticalrahmenzeit 1.9.18-31.12.23, Freizeit ab 1.9.22 bis gesetzliches Pensionierungsdatum 1.1.24, daher 4 Jahre Unterricht, 16 Monate Freiphase, Bezahlung  $48/(48+16)=75\%$ .

### Altersteilzeit

Nur BeamtInnen haben die Möglichkeit, gleichzeitig mit jedem Teilzeit-/Sabbicalantrag bekanntzugeben, dass gem. Gehaltsgesetz § 116d der Pensionsbeitrag so berechnet werden soll, als wäre man vollbeschäftigt (freiwillige Vollzahlung des Pensionsbeitrages, um diese Jahre voll in der Pensionsberechnung zu behalten).

### Jubiläumszulage

Öffentlich Bedienstete bekommen in Österreich nach 25 Dienstjahren zwei und nach 40 vier Monatsgehälter Jubiläumszulage, wenn keine schwerwiegenden Dienstvergehen vorliegen. Erreicht jemand zumindest 35 Jahre und bleibt bis zum gesetzlichen Pensionsalter im Dienst, werden die 4 Monatsgehälter trotzdem ausbezahlt (Auszahlung immer am 1.1. oder 1.7. nach dem Jubiläumstichtag – siehe [bildung.portal.at](http://bildung.portal.at), eigene Daten). Auszahlungshöhe ist das Monatsgehalt gem. Gehaltstabelle (ohne MDL/Zulagen/Sonderzahlungen, bloß Schulleitungszulagen kommen dazu). Ausnahme: Ist man als VL im Monat der Erreichung des Jubiläums teilbeschäftigt, wird das durchschnittliche Beschäftigungsausmaß der gesamten Dienstzeit ermittelt und dieser Prozentsatz dann bei der Jub.Zul.Berechnung angewandt. Daher als VL bitte keine Sabbaticalrahmenzeit und nach Möglichkeit keine Teilbeschäftigung im Jubiläumsmonat.

### Abfertigung

Bei Dienstverhältnisbeginn ab 2003 zahlt der Dienstgeber monatlich 1,53% in die Abfertigungskasse ein. Einmal jährlich kommt eine Info über den aktuellen Stand. Am Ende kann man zwischen Auszahlung oder Zusatzpension wählen. Bei Dienstbeginn vor 2003 bekommen VertragslehrerInnen bei Kündigung durch den Dienstgeber und im Falle der eigenen Kündigung wegen Pensionierung eine Abfertigung, deren Höhe sich nur aus dem letzten Monatsgehalt (ohne MDL/Zulagen/Sonderzahlungen, bloß Schulleitungszulagen kommen dazu) berechnet. Daher als VL bitte keine Sabbaticalrahmenzeit und nach Möglichkeit keine Teilbeschäftigung im letzten Dienstmonat (Sabbatical geht immer bis 31.8., daher Kündigung/Pensionierung erst frühestens per 1.10.). Nach 20 vollen Jahren: 9, nach 25: 12 Monatsgehälter.

## ROYA DELTA

You are swimming in shimmering waves. I wait under the umbrella. I come to the delta and it is immediately clear to me how the Roya's mouth is an open, rough zone compared to the beaches and their neat rows of umbrellas in front of restaurants and hotels. Untrimmed trees, bursting bushes, driftwood, dry branches occupied by birds and passersby, leftovers from groups, elements exchanging energies in unsupervised forms, opening to adapt to each other, temporal flooding. The delta's boundaries are fluid, and almost moody, unkempt, overgrown. Movement in the landscape leads my eyes in all directions, as if all elements around are involved in convoluted shifts and forms of migration. Lines of airplanes in the blue sky, the coastline pulling from west to east, trash and barricades being moved, fishermen's chairs being overturned by tidal flooding, stones big and small, spontaneous fire pits recurring at different spots. Even the topography of it seems different every time I take a close look. I look at the boys hanging out on the jetty across the river: are they safe here? Their skin is especially dark today and their bodies almost blend with the rocks they are sitting on. I can't help seeing heads of swimming people superimposed on images of refugees escaping from the police hands. At the same time, here at the delta there seems to be so little difference between us. Such subtle variation between their worlds and mine. They feel close. There is no difference, perhaps, except I can come and go as I please without being watched. The sea is a place we get to share. Who said "before hate there was nature?"

You touch me with stones. I feel small ones and cold and hot ones. They balance on my back. I close my eyes, lean into you. Voices of people near us, the waves, moving stones from under the crashing waves - like mumbling. A space that is made by your arm's length, just the way you grab a stone and press its warmth against me. My belly breathes and I feel a little gap between my panties and my belly, I imagine you watching it.

## Gregor Neuerer

Auszug aus *Site of Awe*, Elka Krajewska und Gregor Neuerer, Ventimiglia und New York City 2017, Text Editing: Eliza Rose, Eigenverlag 2016 sowie in *Landschaftslektüren* herausgegeben von Ender, Fürhapter, Kathan, Leitner, Siller, Transcript Verlag, Bielefeld 2017

Gregor Neuerer, Studium an der Universität für Angewandte Kunst in Wien, lehrt seit 2014 Fotografie und Neue Medien an der Universität Mozarteum, Salzburg. Seit 2014 Zusammenarbeit mit Elka Krajewska.

Lebt in Wien und New York.

Engagement zur rechten Zeit



ÖLI – die starke Personalvertretung

## ZA-BMHS MandatarInnen

### Josef Gary Fuchsbauer

stv. ZA-Vorsitzender  
LiTec/KTLA  
fuchsbauer@oeli-ug.at



### Katharina Bachmann

HAK/HAS Feldkirch  
bachmann@oeli-ug.at



### Peter Steiner,

TGM - Die Schule der Technik,  
HTBLVA Wien 20  
0680 21 97 106  
psteiner@tgm.ac.at



### Gabriele Atteneder

HBLA für künstlerische Gestaltung  
Garnisonstraße 25  
4020 Linz  
atteneder@oeli-ug.at



## PV-Akademie in der Oststeiermark

Es war eine große Gruppe: An die 40 LehrerInnen, auch DirektorInnen fanden am 1. 2. 2018 den Weg nach Hartberg, wo Gary Fuchsbauer in bewährter Präzision und Kompetenz das Bildungsreformgesetz vorstellte. Auf besonderes Interesse stießen Fragen zum Thema neues/altes Dienstrecht – hier waren junge KollegInnen überrascht und erleichtert, dass auch Sonderverträge in den NMS – noch für dieses Jahr – gleichzeitig ein Dienstverhältnis im alten Dienstrecht begründen.

Im 2. Teil des Nachmittags erläuterte der Dienstrechtsreferent und Bundeskoordinator der ÖLI, Gary Fuchsbauer, die sehr unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen, die die Pensionierung betreffen. Auch das Thema Zeitkonto interessierte viele – es zeigte sich dabei, dass in einigen Schulen diese Möglichkeit noch nicht bekannt war. Bei einem kleinen Buffet nutzten viele die Gelegenheit, sich mit KollegInnen anderer Schulen und Schultypen auszutauschen. – Ein erfolgreicher, informativer Nachmittag!

*Juliana Kemmer*



## PV-AKADEMIE: Keiner ist allein - vor dem Gesetz

Bildungsreformpaket und Pensionsrecht. ÖLI-UG PV-Akademie am 2.2.18 in Graz.

Die Schulungen der PV-Akademie finden Anklang. Diesmal tourte Gary Fuchsbauer, Bundeskoordinator der ÖLI-UG durch die Steiermark und Kärnten und informierte über das Bildungsreformpaket und das Pensionsrecht. In Graz konnte die Presseabteilung des „Kreidekreis“ am Seminar teilnehmen. Rund 50 steirische Lehrer und Lehrerinnen informierten sich über die Bestimmungen des Bildungsreformpakets, seine Neuerungen und Möglichkeiten und über das Recht in die Pension zu kommen.

Wie immer gab es auch Spezialfragen zu anderen Themen, etwa zur Einrechenbarkeit von Erzieher-Nachdiensten in die Lehrverpflichtung. Und was Gary nicht ad hoc beantworten konnte, sollte nach dem Seminar Antwort in Form von E-Mails finden. Wissbegierde hoch und die Zufriedenheit ist umfassend. Es gibt immer jemand, der sich auskennt. Und damit ist schon keiner mehr allein VOR DEM GESETZ!

*Peter Steiner*

## Impressum

ÖLI-UG | Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie | 4643 Pettenbach | Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at | Mobil: 0680/2124358 | **Redaktionsteam** | Gerhard Pušnik (verantwortlich), Wilfried Mayr, Andreas Chvatal und die AutorInnen.

Kreidekreis: Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

Wir finanzieren uns durch Spenden und Beiträge der Leserinnen und Leser.

**Bankverbindung** IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 | BIC: BAWAATWW  
lautend auf Gessmann/Fuchsbauer ÖLI-Vors./Kass. | Auflage 12.000

Die aktuellen Termine der **PV Akademie** sind auf [www.oeliug.at/pv-akademie/veranstaltungen-2018/](http://www.oeliug.at/pv-akademie/veranstaltungen-2018/) zu finden.

www.gutenberg.at | Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt<sup>o</sup> CP IKS-Nr.: 53401-1802-1019



KREIDEKREIS 2 | 2018

Österreichische Post AG  
MZ 02Z030917 M

ÖLI ZVR-Zahl | 125480687  
DVR | 0581518

ÖLI-UG  
Pflasterweg 7, 4643 Pettenbach



An: